

Bezirke erhalten vom Senat 50 Millionen Euro mehr

Die Berliner Bezirke erhalten 50 Millionen Euro vom Land, um unerwartete Mehrausgaben ausgleichen zu können. Darauf verständigten sich die Fraktionschefs der beiden Regierungsparteien, Rued Saleh (SPD) und Florian Graf (CDU). „Die Berliner Bezirke leisten ihre Arbeit als bürgernahe Verwaltungen, sind im direkten Kontakt mit den Bürgern“, sagten beide Fraktionschefs am Mittwoch. Deshalb wolle das Land die Finanzmisere der Bezirke abfedern. Die Aufstockung der Mittel sei eine politische Entscheidung der Koalition, mit der sie trotz knapper Kassen Prioritäten setzen wolle, sagte Saleh.

Außerdem will das Land den Bezirken helfen, die finanziellen Risiken durch steigende Sozial- oder Energieausgaben auszugleichen. „Was kann der Bezirk dafür, wenn überdurchschnittlich viele Hilfeempfänger zuziehen, die den Bezirkshaushalt sprengen“, begründete Saleh die Hilfestellung des Landes. Durch die beiden kalten Winter der vergangenen Jahre seien zudem die Energiekosten unerwartet hoch ausgefallen, sodass die Bezirkshaushalte zusätzlich unterfinanziert seien.

Über die genaue Verteilung des Geldes werde in den anstehenden Beratungen über den Doppelhaushalt entschieden.

Den Hintergrund für die Landeshilfen bildet der alljährliche Streit über die Be-

zirksfinanzen. Die Bezirke beklagen seit Langem, dass sie nicht ausreichend Geld zur Verfügung haben, um die gesetzlich vorgegebenen Leistungen zu erbringen. Die Landesregierung fordert im Gegenzug stets stärkere Sparbemühungen von den Bezirken. Für das kommende Haushaltsjahr fordern die Bezirke zusätzlich 111 Millionen Euro, um alle gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben auch finanzieren zu können. Die Summe setzt sich aus dem Fehlbetrag für Transferleistungen (13 Millionen Euro), fehlenden Personalkosten (47 Millionen Euro) und sonstigen Sachausgaben (52 Millionen Euro) zusammen.

„Die 50 Millionen sind kein Geschenk an die Bezirke“, sagte Saleh am Mittwoch. Die Bezirksbürgermeister hätten in Gesprächen mit den Landespolitikern deutlich gemacht, dass sie Mehrausgaben begleichen müssten, die in der Haushaltsplanung nicht vorgesehen waren.

Die Ausgaben für die Bezirke erhöhen sich im nächsten Jahr im Vergleich zu 2010 um 7,6 Prozent, 2013 sogar um 8,8 Prozent. Das entspricht einer jährlichen Steigerung von 2,9 Prozent. Als Hauptgrund sehen Haushaltsexperten die wachsenden Sozialausgaben. Laut Armutsbericht 2011 des Paritätischen Gesamtverbandes leben in Berlin die meisten Sozialhilfeempfänger. Jeder Fünfte ist auf Grundsicherung vom Staat angewiesen. -ker